

## ***Aufruf österreichischer Ökonominen und Ökonomen***

### **Russlands Kriegsfinanzierung reduzieren: Österreich kann sich für ein EU-Erdöl-Embargo einsetzen!**

Angesichts der Fortdauer des Krieges Russlands unter Putin gegen die Ukraine ist es gerade für ein militärisch neutrales Land **dringend geboten, die Möglichkeiten nicht-militärischer Antworten zur Gänze auszuschöpfen.**

**Gewichtige Argumente sprechen für einen Stopp von EU-Importen von Erdöl und Erdölprodukten aus Russland (oder zumindest hohe EU-Importzölle) als nächste Sanktion:**

- Der Export von Erdöl und Erdölprodukten an die Europäische Union hat für Russlands Deviseneinnahmen und damit auch für die Finanzierung des Krieges eine vielfach größere Bedeutung als der Export von Kohle oder Erdgas an die EU.
- Die Einsparpotenziale sind bei Erdöl deutlich größer als bei Erdgas – und bestehen vor allem in Sektoren, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten Jahren weit überproportional gestiegen sind (insb. Straßen- und Flugverkehr).
- Die Klimaschädlichkeit, in CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Energieeinheit, ist bei Erdöl größer als bei Erdgas.
- Die Substitution durch andere Anbieter ist bei Erdöl einfacher als bei Erdgas, in technischer Hinsicht – und auch ökonomisch, da Russland bei Erdöl und Erdölprodukten einen viel kleineren Anteil an den gesamten Weltexporten hat.

Allerdings sollte ein EU-Erdöl-Embargo **mit Maßnahmen zur gezielten Dämpfung der EU-Erdölnachfrage verbunden** werden, um insbesondere den Preiseffekt zu Lasten von Drittländern in Grenzen zu halten.

**Für die österreichische Regierung besteht aufgrund der verfassungs- und völkerrechtlich verpflichtenden militärischen Neutralität eine besonders große Verantwortung,** sich für nicht-militärische Antworten auf die von der russischen Führung angeordneten völkerrechtswidrige kriegerische Aggression einzusetzen. Hier steht auch die internationale Glaubwürdigkeit der österreichischen Politik auf dem Spiel.

**Faktum ist, dass die Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft von Erdölimporten aus Russland geringer als jene von Erdgasimporten aus Russland ist.** Einerseits erschwert diese Sachlage außenpolitisch die österreichische Befürwortung eines EU-Erdöl-Embargos als nächsten Sanktionsschritt, weil der Eindruck entstehen könnte, Österreich wolle Sanktionskosten auf andere EU-Mitgliedstaaten abwälzen. Österreich müsste daher zugleich seine Bereitschaft für substanzielle eigene Beiträge zur solidarischen Unterstützung der von russischen Erdölimporten besonders abhängigen Mitgliedstaaten im Sinne einer europäischen Energieunion erklären.

Andererseits **erhält die sachlich richtige Befürwortung eines EU-Erdöl-Embargos durch Österreich dadurch Glaubwürdigkeit, dass natürlich das Risiko besteht,** dass Putin in Reaktion auf einen EU-Erdölimportstopp einen sofortigen Erdgasexportstopp verfügt. Ein solcher Schritt, mit dem Putin selbst seine Kriegsfinanzierung weiter reduzieren würde, ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich. Er war schon bisher als Antwort auf Sanktionen möglich – und nach einem Rückgang an Exporteinnahmen aus Erdöl würden jene aus Erdgas für Russland wertvoller werden, weshalb ein Erdgasexportstopp ökonomisch noch weniger rational wäre. Vor allem aber wäre die Angst vor Gegenmaßnahmen Russlands kein guter Ratgeber für die österreichische Politik. Entschlossener Einsatz gegen diesen Krieg ist als solidarischer Beitrag für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit geboten und zudem für eine kleine offene Volkswirtschaft von existenzieller Bedeutung, da er auch die völkerrechtlichen Grundfesten der Weltwirtschaft erschüttert.

**Die österreichische Bundesregierung sollte sich daher entschlossen für ein EU-Embargo auf Erdölimporte aus Russland als nächsten Sanktionsschritt einsetzen sowie umgehend eine substanzielle Verringerung der österreichischen Erdgasimporte aus Russland vorantreiben.**

**Darüber hinaus bleibt das Drängen auf einen sofortigen Waffenstilland unerlässlich.**

***Erstunterzeichnet von:***

**Karl Aiginger**, Ökonom, Europaplattform: Wien Brüssel

**Kurt Bayer**, Ökonom, Wien

**Birgit Bednar-Friedl**, Assoz. Professorin für Volkswirtschaftslehre und Koordinierende  
Leitautorin IPCC Sechster Sachstandsbericht, Graz

**Fritz Breuss**, Jean-Monnet-Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen  
Integration, Institut für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsuniversität Wien

**Jesús Crespo Cuaresma**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Institut für  
Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsuniversität Wien

**Gabriel Felbermayr**, Professor für Wirtschaftspolitik, Institut für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Jarko Fidrmuc**, Professor für Internationale und Digitale Ökonomie, Zeppelin Universität,  
Friedrichshafen, Deutschland

**Michael Finus**, Professor für Klima- und Umweltökonomik, Graz

**Georg Fischer**, Ökonom, Wien

**Alois Guger**, Ökonom, Wien

**Elisabeth Hagen**, Ökonomin, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

**Mario Holzner**, Universitätslektor für angewandte Ökonometrie, Universität Wien und  
Geschäftsführender Direktor, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

**Judith Kohlenberger**, Migrationsforscherin, Institut für Sozialpolitik, WU Wien

**Robert Kunst**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Institut für Volkswirtschaftslehre,  
Universität Wien

**Michael Landesmann**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz  
und Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

**Paul Pichler**, Assoz. Professor für Volkswirtschaftslehre, Institut für Volkswirtschaftslehre,  
Universität Wien

**Stephan Schulmeister**, Wirtschaftsforscher, Wien

**Sigrid Stagl**, Professorin für Umweltökonomie und -politik, Institut für Sozioökonomie,  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Robert Stehrer**, Universitätsdozent für Volkswirtschaftslehre, Universität Wien und  
Wissenschaftlicher Direktor, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

**Karl Steininger**, Professor für Klimaökonomik und Nachhaltige Transition, Graz

**Rudolf Winter-Ebmer**, Professor für Arbeitsökonomik, Linz